

Nachtragsprotokoll zum Ortstermin am 13.11.2025 um 16.00 Uhr

auf Einladung der Samtgemeinde Lachendorf

Thema: Neubau des Rathauses im Rehrkamp und damit zusammenhängender Verkehrsführung

Ort: Ecke Rehrkamp / Erikaweg

Einladung durch: Samtgemeinde Lachendorf

Teilnehmer:

- Vertreter der Samtgemeinde Lachendorf: Herr Peters, Frau Suderburg (Samtgemeindebürgermeisterin) und weitere Vertreter der SG, die sich namentlich und in ihrer Funktion nicht vorgestellt haben
- Anwohner und Anwohnerinnen des Rehrkamp, Erikaweg, Sandweg und Vertretungen der UB

Ablauf:

1. Vorstellung des Neubauprojekts bzw. Planungsstand und Entwicklung des Bauvorhabens „Neues Rathaus“ im Rehrkamp
2. Diskussion über die bisherige Straßenführung
3. Diskussion über die Auswirkungen der Baumaßnahme bzw. geplante Verkehrsführung auf die betroffenen Straßen während und nach Fertigstellung des Bauvorhabens
4. Anmerkungen und Fragen der Anwohner
5. Ausblick und weitere Kommunikation

Protokoll:

Begrüßung und Einführung durch Herrn Peters

Herr Peters von der Samtgemeinde Lachendorf eröffnete die Versammlung und gab eine kurze Einführung in die Planungen und Überlegungen der Verwaltung zum Neubau des Rathauses. Er erläuterte, wie die Idee für den Neubau entstand und wie es zu der Beschlussfassung Anfang November kam. Er skizzierte, welche Gutachten und planerischen Aufträge vergeben und ausgewertet wurden. Er beschrieb die Ausschreibung an Architekturbüros, die ihre Vorstellungen zum Neubau im Rahmen eines Wettbewerbs vorgestellt hatten, sprach von einem "Architektenwettbewerb" bzw. "Planungswettbewerb". Die aktuellen Planungen verdeutlichte er anhand einer vergrößerten Zeichnung.

Der Wettbewerb diente dazu, verschiedene Entwürfe und Konzepte von Architekturbüros zu sammeln, um den besten Vorschlag für das geplante Bauvorhaben zu ermitteln. Die eingereichten Entwürfe wurden dann von einer Jury bewertet, die aus Fachleuten wie Architekten, Stadtplanern und Vertretern der SG Lachendorf bestanden.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs bzw. die Wettbewerbspräsentation konnten bzw. können durch die Öffentlichkeit in den Räumen des Rathauses seitdem eingesehen werden.

Herr Peters hob hervor, dass ein solcher Wettbewerb in der Regel für Transparenz und fairen Wettbewerb unter den teilnehmenden Architekturbüros sorgt und dazu beiträgt, dass der beste Entwurf für das geplante Bauvorhaben ausgewählt wird. In diesem Zuge wurden auch

Gutachten bezüglich der Bebauung in unmittelbarer Nähe zum Naturschutzgebiet und Hochwassergebiet beauftragt.

Während seiner Ausführungen kam es immer wieder zu Zwischenrufen und Fragen der Anwohner. Diese äußerten ihre Bedenken bezüglich der geplanten Baumaßnahme und der damit verbundenen Verkehrsführung während und nach der Bauphase, hauptsächlich aber auch gegenüber der Ergebnisse aus den erwähnten Gutachten, denn die Wahrnehmung der Anwohner zu Häufigkeiten von Hochwassersituationen stellten sich gegensätzlich zu den Ergebnissen der Gutachten dar. Auch die genannten Alternativen bzw. genannten Möglichkeiten, um die Hochwassersituation zu entschärfen wurden sehr kritisch hinterfragt und in Bezug auf den Umweltschutzgedanken in Frage gestellt.

1. Diskussion zu den Verkehrsführungen und Baumaßnahmen

Anlieger Erikaweg:

Mehrere Anwohner des Erikawegs äußerte Bedenken bezüglich der derzeitigen und der geplanten Verkehrsführung.

Seit Mai 2025 wurde der Durchgangsverkehr vom Parkplatz in den Rehrkamp bzw. der Erikaweg zu Einbahnstraßen erklärt. Sämtlicher öffentlicher Verkehr führt seitdem über eine schadhafte Baustraße, Teile eines Privatweges und entlang eines sehr schmalen Weges ohne Seitenstreifen bzw. ausreichender Befestigung. Auf die Frage an die Samtgemeindebürgermeisterin, auf welcher Grundlage die Umwidmung dieser Straßen erfolgte, wurde nicht geantwortet. Vielmehr wurde schlichtweg geschwiegen. Auch auf die ausdrückliche Nachfrage, warum alle bisher eingegangenen Anschreiben von Anwohnern unbeantwortet geblieben sind, gab es keine Äußerung bzw. Reaktion der Samtgemeindebürgermeisterin.

Passender Weise versuchte zeitgleich zur Diskussion ein Lieferant mit verhältnismäßig kleinem Transporter dem vorgeschriebenen Straßenverlauf zu folgen und konnte die Kurve nur nach mehrmaligem Umsetzen und Versuchen bewältigen. In diesem Augenblick wurde sehr offensichtlich deutlich, dass größere Rettungsfahrzeuge gar keine Möglichkeit haben, die Straße barrierefrei zu befahren. Nach Aussagen der Samtgemeindebürgermeisterin wurden in der Vergangenheit genau solche Tests durchgeführt. Die Situation vor Ort stellt sich jedoch eindeutig völlig anders dar.

Außerdem wurde von Frau Suderburg bestätigt, dass Sie in Gesprächen mit dem Abfallentsorger vereinbart hätte, dass Müllfahrzeuge ebendiesen Erikaweg befahren bzw. ihre Bereitschaft signalisiert hätten. Zeitgleich zum Ortstermin trug ein Anwohner des Erikawegs seinen Sperrmüll mühevoll zum Rehrkamp. Hintergrund: Der Entsorger weigerte sich, den Erikaweg zu befahren.

Die Anwohner betonten und erklärten, warum für die meisten Anwohner die derzeitige Verkehrssituation nicht tragbar ist und führten ausdrücklich aus, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht umsetzbar bzw. schwer realisierbar sind.

Die Bedenken wurden von Frau Suderburg aufgegriffen und sie sagte eine zeitnahe Ausbesserung der Baustraße und die Rücknahme der Einbahnstraßenregelung zu.

Darüber hinaus wurde eine Zusage seitens der Verwaltung gegeben, dass bei der zukünftigen Verkehrsführung bei Fertigstellung des Neubaus, der Rehrkamp weiterhin durchfahrbar sein wird. In den Ausführungen wurde ein

verkehrsberuhigter Bereich oder „Anlieger frei“ in Aussicht gestellt und letztlich verbindlich zugesagt.

Anlieger Sandweg:

Ein weiterer Anwohner des Sandweges wies darauf hin, dass der Lieferverkehr während der Bauzeit nicht über den Sandweg laufen dürfe. Dies wurde von Herrn Peters kommentiert, der betonte, dass Straßen grundsätzlich dazu da seien, befahren zu werden. Diese Aussage stieß auf Unverständnis bei einigen Anwohnern, da der Sandweg eine verkehrsberuhigte Zone sei und nicht für eine hohe Verkehrsbelastung vorgesehen sei. Eine zufriedenstellende Antwort oder Alternative gab es für die Anwohner nicht.

Herr Lau:

Herr Lau, ein Anwohner des Rehrkamp, äußerte sich besorgt darüber, dass der Verkehr während der Bauarbeiten nur wenige Meter von seinem Haus entfernt verlaufen würde. Dies sei für ihn nicht akzeptabel. Auch, dass sämtlicher öffentlicher Verkehr direkt an seinem Haus vorbeifahren könnte, ist für ihn inakzeptabel, weil er Ruhstörungen und aus dem verstärkten Verkehr entstehende Schäden an seinem Haus befürchtet.

Herr Thies:

Herr Thies forderte, dass alle Maßnahmen und Veränderungen im Detail kommuniziert und transparent mit den Anwohnern abgestimmt werden müssten. Er betonte, dass es wichtig sei, die betroffenen Bürger von Anfang an ausreichend zu informieren. Das ist ein Punkt, der von allen Anwohnern aufgegriffen wurde, denn in der Vergangenheit gab es keine öffentlichen Informationen weder im Mitteilungsblatt noch in direkter Form. Die Verwaltung verwies auf den Sitzungskalender der Verwaltung, in der Bürger teilnehmen könnten. **Eine öffentliche Bürgersprechstunde oder Informationsveranstaltung wird von der Verwaltung nicht angedacht oder in Aussicht gestellt.**

2. Weitere Anmerkungen zur Bauplanung und Alternativen

Frau Suderburg:

Frau Suderburg erklärte, dass der Bauantrag für das Betriebsgebäude des Rathauses noch in 2025 gestellt werden soll und dass das Projekt derzeit noch in der Leistungsphase 2 befinde, mit einem geplanten Übergang in Phase 3.

Frau Seelig:

Frau Seelig kritisierte, dass alternative Lösungen für den Neubau des Rathauses offenbar nicht ausreichend geprüft worden seien, bevor der Beschluss gefasst wurde. Nach der Standortfestlegung und dem Planungswettbewerb wurden weitere Grundstücke in unmittelbarer Nähe zum bisherigen Rathaus durch die Samtgemeinde erworben. Konkret wurde nachgefragt, warum keine detaillierte Machbarkeitsstudie / Gutachten Neubau vs. Sanierung und Ausbau vorhandener Gebäude und Flächen in Auftrag gegeben wurde. Aus finanzieller Sicht dürfte die Kostenschätzung dafür deutlich geringer ausfallen. **Warum wurden keine weiteren Optionen in Betracht gezogen? Die Antwort von Frau Suderburg fiel wie folgt aus: Dafür hatte sie von der Politik keinen Auftrag. Es wurden keine weiteren Vorschläge von der Politik eingeholt und der Plan, der nun vorliege, sei der einzig vorab diskutierte und genehmigte Plan.**

Herr Meyer (UB):

Herr Meyer unterbrach die Diskussion und stellte klar, dass nicht alle Informationen korrekt wiedergegeben wurden. Er wies darauf hin, dass Herr Ehm von der Samtgemeinde den Vorschlag eingebracht habe, das alte Rathaus zu sanieren und auf einem angrenzenden Gemeindegrundstück einen neuen Baukörper zu errichten. Diese Lösung wäre deutlich kostengünstiger gewesen als ein kompletter Neubau des Rathauses. Der Vorschlag wurde jedoch als populistisch abgelehnt und von der Politik nicht weiter verfolgt.

3. Zusammenfassung und Tenor des Termins

Der allgemeine Tenor des Ortstermins war von Unzufriedenheit und Frustration seitens der Anwohner geprägt. Es wurde mehrfach die Frage aufgeworfen, warum das neue Rathaus ausgerechnet im Überschwemmungsgebiet gebaut werden müsse und warum eine Verkehrsführung geplant werde, ohne die betroffenen Anlieger frühzeitig und umfassend zu informieren und in die Planungen einzubeziehen.

In Einzelgesprächen der Anlieger mit einzelnen Vertretern der Samtgemeinde wurden individuelle Anliegen und Sorgen besprochen, die an dieser Stelle im Protokoll nicht im Detail wiedergegeben werden können. **Herr Peters trat in den Einzelgesprächen sehr kompromissbereit und lösungsorientiert auf. Leider trifft diese Einschätzung nicht auf Frau Suderburg zu.**

Die Anwohner äußerten den Wunsch nach mehr Transparenz und einer besseren Kommunikation seitens der Verwaltung. Es wurde gefordert, dass alternative Lösungsvorschläge und die tatsächlichen Auswirkungen auf die Anwohner stärker berücksichtigt werden.

4. Abschluss und Ausblick

Die Veranstaltung endete mit dem Versprechen der Samtgemeinde, künftig eine intensivere Kommunikation mit den Anwohnern zu führen. Weitere Informationen und konkrete Maßnahmen sollen zeitnah mit den betroffenen Bürgern geteilt werden.

Ende des Protokolls.

Das Protokoll dient zur Dokumentation der Anliegen der Anwohner sowie der bisherigen Planungen und Diskussionen zum Neubau des Rathauses. Es bleibt abzuwarten, wie die Verwaltung auf die geäußerten Bedenken reagiert und welche Änderungen in den Planungen vorgenommen werden.

Nachtrag:

Die Beschilderung des Durchgangsverbotes und der Einbahnstraße wurden zurückgenommen. Die Baustraße wurde notdürftig ausgebessert.

K. Seelig (Erikaweg 8)